

TOP 13:

**Landesgesetz über die Gebietsänderungen der
Verbandsgemeinden Betzdorf und Gebhardshain (Fusion)
Drs.: 16/5915**

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

eins vorweg: wir beschließen heute keine freiwillige Fusion. Wir beschließen eine Fusion die durch Zwang entstanden ist nach dem Motto „Vogel friss oder stirb!“

Unter großem Zeitdruck bis zum 30. Juni 2015 erwartete die rot-grüne Landesregierung eine Entscheidung, ansonsten stand die Zwangsverschmelzung der VG Wissen mit der VG Gebhardshain auf der Agenda der Landesregierung ganz oben.

Wenn man sich die Verbandsgemeindeumlage in der VG Wissen anschaut, die bei annähernd 50 v.H. liegt (Gebhardshain alt 37 v.H.), grenzt das schon an Erpressung. Macht aber auch zwei Dinge deutlich:

Dem Land ist es offensichtlich vollkommen gleichgültig, welche Fusion zustande kommt, Hauptsache es wird fusioniert. Das ist einfach nur Aktionismus.

In Gebhardshain hat man 16.04.2015 im Rat mit großer Mehrheit die drohende Zwangsfusion mit der Verbandsgemeinde Wissen abgewendet und einen zwanghaften Heiratsantrag an den neuen Fusionspartner Betzdorf gestellt. Weil, so war und ist man sich in Gebhardshain und Wissen einig, dass beide nicht zusammen passen.

Wir beschließen also eine Fusion, die die Kommunalen nach Androhungen einer Zwangsfusion von Gebhardshain mit Wissen örtlich mit reinem Menschenverstand angedacht, pflichtbewusst geplant und professionell vorbereitet haben. Es fusionieren **zwei starke Verbandsgemeinden!**

Verdienste des Landes vermag ich dabei nicht zu erkennen.

Und insofern ist es folgerichtig, dass wir das Gesetz heute gemeinsam eingebracht und auch gemeinsam verabschieden werden. Dies geschieht unter meinem ausdrücklichen Respekt und der Anerkennung derer, die die Fusion vor Ort ohne parteipolitische Scheuklappen mit hohem Sachverstand und Engagement in kürzester Zeit intensiv vorbereitet und Verhandlungen ehrlich und gleichberechtigt auf Augenhöhe beider Verbandsgemeinden ausgehandelt haben.

Deshalb **danke** ich den kommunalen Räten und den Verwaltungsmitarbeitern in beiden Rathäusern von dieser Stelle aus ganz herzlich. Aus der Not wurde eine Tugend gemacht. **Das sehr gute Ergebnis sucht seinesgleichen. Vielen Dank!**

Aber nun zum Land:

Die heutige Fusion macht deutlich, das Land will die Kommunale Verwaltungsreform (KVR) selbst gar nicht steuern oder ist dazu nicht fähig. Es entsteht eine kommunale Landkarte, die sich nicht mehr an den Zielen der KVR orientiert, nämlich leistungsfähige und wirtschaftliche Strukturen zu schaffen, sondern vielmehr dem **Prinzip Zufälligkeit** folgt. Wie an vielen Stellen in Rheinland-Pfalz.

Wenn die Landesregierung im Fall Gebhardshain Handlungsbedarf sah, hätte sie nach den im Rahmen der KVR selbst aufgestellten Leitlinien handeln müssen:

Nach dem Gutachten von Prof. Junkernheinrich ist festzustellen, dass die Fusion mit Betzdorf nur an 4. Stelle liegt. An erster Stelle liegt die „Dreierkonstellation“ Herdorf-Gebhardshain-Daaden. Diese hat das Land aus schwer nachvollziehbaren Gründen aber ausgeschlossen, obwohl diese Fusionskonstellation auch für Herdorf und Daaden an erster Stelle lag und damit die zielführende Fusionsvariante gewesen wäre.

Aber da wird mal schnell eine Zwangsfusion Herdorf-Daaden durchgepeitscht und nachher wird lapidar festgestellt, dass damit die **Dreikonstellation** Schnee von gestern ist und nicht mehr verfolgt werden kann.

Wenn es das Land mit seiner **Zielsetzung** ernst meint, nämlich **leistungsfähige** und **wirtschaftliche** Strukturen zu schaffen, dann hätte es diese Variante und dem Vorschlag von Herrn Prof. Junkenheinrich folgen müssen.

Mit der **Dreierkonstellation** wären auch **nur** die Kommunen betroffen gewesen, die Adressaten der Kommunalen Verfallungsreform sind, nämlich nur Kommunen, die fusionspflichtig im Sinne des Landesgesetzgebers sind. Vollkommen unnötiger Weise wird mit dem heutigen Eingliederungsgesetz der VG Gebhardshain in die VG Betzdorf eine passiv fusionspflichtige Kommune im Rahmen der KVR einbezogen, die gar nicht Adressat derselben ist.

Und noch was zum Land:

Die andere Zwangsfusion in meinem Wahlkreis zwischen Herdorf und Daaden erscheint in einem neuen Lichte. Das Urteil wird erst nach der Wahl gesprochen. Ich erwarte schon, dass bei Bestätigung des Fusionsgesetzes diesen beiden Kommunen eine **Gleichbehandlung** zukommt.

In der damaligen Anhörung im Innenausschuss hat die Alt-VG Daaden alle Argumente vorgetragen. Zum heutigen Eingliederungsgesetz "Betzdorf-Gebhardshain" hat die angehörte VG Herdorf-Daaden aber nur zugestimmt, mit der einschränkenden Maßgabe, dass auch der VG He-Da ein finanzieller Ausgleich von 2,0 Mio. € zugestanden wird, der im Gesetz Be-Gebh. jetzt so verankert ist.

Diesen Ausgleich halte ich für fair und kommunalpolitisch gerecht. Die Verbandsgemeinde Daaden war in allen Belangen und Etappenschritten stets offensiv ausgerichtet und den Reformbestrebungen des Landes nicht verschlossen - im Gegenteil.

Aber Daaden hat trotz der intensivsten Bemühungen und Anstrengungen mit seinen Nachbarn in der Freiwilligkeitsphase aus unterschiedlichen Gegebenheiten und Entwicklungen leider keine gemeinsame sinnvolle Lösung umsetzen können. Das kann

aber nicht zum Nachteil und Schaden der Bürgerschaft und der Unternehmenswelt der Alt-VG Daaden führen, die hier über den **Disparitätenausgleich** auf Dauer eine **gemeinsame Finanzierungsbasis** der neuen VG herstellen müssen.

Und die vom Gutachter unter insgesamt 11 Neugliederungsoptionen am besten bewertete 3-er Lösung mit Daaden, Gebhardshain und Herdorf wurde vom Land nicht gewählt, weil nach öffentlichen Aussagen des Staatsministers Lewentz dieses Gebilde zu stark würde. Jetzt schafft man aber mit Betzdorf und Gebhardshain ein fast ebenso großes Gebilde mit fast 26.000 Einwohnern.

Deshalb fordere ich Sie Minister Lewentz auf: Treffen Sie in Anrechnung und Anerkennung der Bemühungen der Verbandsgemeinde Daaden eine analoge Regelung zum Gesetz Betzdorf-Gebhardshain und zwar, wenn notwendig, per Gesetz, weil der Verbandsgemeinde Daaden eine optimale Lösung verweigert wurde und man dort jetzt mit einer Rumpflösung zufrieden sein muss, ohne irgendeinen finanziellen Ausgleich zu bekommen. Zur fairen Behandlung der Nachbarn gehört, wenn das Land schon einen **Ausgleichstatbestand** für die jetzt nach der Freiwilligkeitsphase vorgesehene Fusion Betzdorf - Gebhardshain vorsieht, dann erst Recht dies auch im Falle der neuen VG Herdorf-Daaden zu schaffen.

An der grundsätzlichen Kritik an dem ganzen Verfahren der Kommunalreform hat sich nichts geändert. Die wirklichen Probleme im kommunalen Bereich sind damit nicht gelöst. Vor allem die finanzielle Ausstattung der Kommunen wird bleiben.

Gebhardshain wäre lieber eigenständig geblieben. Der Vorschlag des Landes, eine Fusion mit Wissen, war wie erwähnt nicht umzusetzen. Vor Ort war es wichtig, dass die zwölf Gemeinden zusammen bleiben und die Fusion innerhalb des Kreises stattfindet.

Es wird viel noch zu organisieren sein und dass dies kostet auch erst einmal Geld. Ob tatsächlich Einsparungen kommen, wird sich mittelfristig zeigen. Am Anfang eher nicht. Es wäre gut, wenn das Land die Fusionskosten am Ende decken würde. Immerhin spart das Land als erstes Geld, weil die Schlüsselzuweisung für eine fusionierte VG geringer ist als für zwei nicht fusionierte VG's.

Wichtig ist, dass eine Verwaltungsreform **endlich aus einem Guss kommt** mit Einbeziehung aller Ebenen, also Mittelbehörden des Landes, Landkreise, kreisfreie Städte, Verbandsgemeinden, verbandsfreie Gemeinden und Ortsgemeinden. Alles andere bleibt letztlich „Murks“. Dazu wurde ja auf Initiative der CDU im April 2015 noch ein großes Reformgutachten gemeinsam mit allen Fraktionen in Auftrag gegeben. Es geht um landesweite langfristige Gründlichkeit und nicht um Zufälle oder Einzelfälle so wie es gerade passt.

Zum Schluss:

Betzdorf und Gebhardshain haben sich auf dem Weg zusammen „gerauft“ und sind dabei einen neuen Verbandsgemeinderat aufzustellen.

In guter heimatlicher Tradition wünsche ich den Gemeinden in der neuen Verbandsgemeinde, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Einwohnerinnen und Einwohnern Gottes Segen und **Glück auf!!**

„Jetzt kann eine richtige Reform gelingen – unsere langjährigen Vorschläge zum Vorgehen wurden nun übernommen“

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner hatte mit ihrer Fraktion zu Beginn der neuen Legislatur in Gesprächen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten, ebenso mit seiner Nachfolgerin immer wieder betont, dass eine Kommunal- und Verwaltungsreform nur dann erfolgreich sein könne, wenn eine Gebietsänderung nicht willkürlich vorgenommen, sondern nach einer umfassenden Aufgaben- und Funktionskritik entwickelt werden würde. Alle staatlichen Ebenen müssten unter die Lupe genommen und Kriterien entwickelt werden. Leitlinien für ein Gutachten und ein koordiniertes Vorgehen hatte die Fraktion in einer Klausurtagung zu Beginn der Legislatur erarbeitet und in Parlamentsinitiativen einfließen lassen. Da die Erste Stufe der so genannten Kommunalreform der Landesregierung nicht zu Ende gedacht war und somit vielerorts zu Chaos und Streit führte, erneuerte die CDU-Landtagsfraktion ihr Gesprächsangebot für ein strukturiertes, gemeinsames Vorgehen.

Für die weiter anstehende Kommunal- und Verwaltungsreform forderten Julia Klöckner und ihre Fraktion deshalb die Beauftragung eines klar strukturierten, unabhängigen Gutachtens als Grundlage. In mehreren Gesprächen haben sich Vertreter der CDU-Landtagsfraktion unter der Führung der Vorsitzenden Julia Klöckner mit den Spitzen der rot-grünen Koalitionsfraktionen und der Landesregierung auf das weitere Vorgehen beim Thema Kommunalreform geeinigt. Dabei hat die CDU-Landtagsfraktion ihren Fahrplan und ihre Forderungen durchgesetzt. Kernpunkt ist die Beauftragung eines umfassenden Gutachtens für eine Kommunalreform II. Insbesondere die Forderungen der CDU-Landtagsfraktion nach einer umfassenden Aufgabenkritik und einer Einbeziehung aller Ebenen als Voraussetzung für eine gelingende Gebietsreform werden jetzt aufgegriffen. Dazu erklärt Julia Klöckner:

„Wir Christdemokraten denken langfristig. Wir wollen, dass unser Land Rheinland-Pfalz zukunftsfähig wird – angesichts der sich verändernden Anforderungen an Verwaltung und Gesellschaft, angesichts der Bevölkerungsentwicklung. Manche Strukturen und Aufgabenzuteilungen haben sich überholt, können besser und bürgernäher werden. Wer eine Kommunal- und Verwaltungsreform von langer Dauer und mit hoher Akzeptanz erfolgreich durchführen will, dem muss Gründlichkeit wichtig sein – und vor allem ein strukturiertes, aufeinander abgestimmtes Vorgehen. Kreisgrenzen zu verändern macht nur dann Sinn, wenn man vorher weiß, was hinterher besser werden soll. Willkürliche Grenzveränderungen und Vergrößerungen bringen alleine noch keine Optimierung. Ich bin froh, dass Rot-Grün unsere langjährigen Vorschläge für ein kluges Vorgehen in dieser Sache – nach ihren Erfahrungen einer missglückten ersten Reformstufe – nun aufgreifen. So kann – gemeinsam getragen – eine Kommunal- und Verwaltungsreform, die diesen Namen auch verdient hat, gelingen.“

Julia Klöckner fasst die Positionierung ihrer Fraktion nochmal zusammen:

„1.

Die CDU-Landtagsfraktion hat ihre Positionierung im Hinblick auf die misslungene Kommunalreform I der Landesregierung bekräftigt. Wir lehnen diese nach wie vor ab, weil das Vorgehen – anders als das jetzt beschlossene – nicht strukturiert war. Eine Zusammenlegung der Verbandsgemeinden hätte nicht abgekoppelt, ohne eine Gesamtbetrachtung erfolgen dürfen. Die Beschränkung auf eine reine, zum Teil durch Zwang erfolgte Gebietsveränderung auf Ebene der Verbandsgemeinden oder verbandsfreien Gemeinden ohne Berücksichtigung der Wechselwirkungen mit den anderen kommunalen Ebenen wie den Städten und Landkreisen, ohne Aufgabenkritik und ohne nachvollziehbare und klare Kriterien, war ein Fehler. Diese rot-grüne Kommunalreform ist auf halbem Wege stecken geblieben und gescheitert. Es bleibt bei unserer Forderung nach einem Moratorium für die anstehenden Zwangsfusionen.

2.

Eine Kommunal- und Verwaltungsreform, die diesen Namen verdient und die bisherigen Strukturen und Aufgaben überprüft und neu strukturiert, ist für die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Landes notwendig. Die CDU-Landtagsfraktion konnte mit ihrer Forderung überzeugen, ein umfassendes Gutachten für eine Kommunalreform II zu beauftragen. Wir brauchen eine moderne Kommunal- und Verwaltungsreform, die den Veränderungen der Gesellschaft nicht zuletzt im Bereich der Arbeitswelt und der Demografie Rechnung trägt. Im Mittelpunkt der Verwaltungsreform muss der Bürger stehen. Grundprinzip sollte die Herstellung der Einräumigkeit der Verwaltung und das Prinzip der ‚einen Tür‘ sein. Das erfordert neben einer ganzheitlichen Betrachtung aller staatlichen und kommunalen Ebenen eine Aufgabenbeschreibung und eine Diskussion über Zuständigkeiten und Finanzströme zwischen den einzelnen Ebenen. Einzubeziehen sind dabei auch die staatlichen Mittelinstanzen und die Sonderbehörden. Dieses Gutachten wird zu Beginn der kommenden Wahlperiode vorliegen.

3.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung und die sie tragenden rot-grünen Koalitionsfraktionen nun auf unsere Argumente eingeschwenkt sind. Das ist ein Verhandlungserfolg. Unser Ziel war immer: Die Treppe von oben nach unten kehren, eine Reform aus einem Guss planen, erst Aufgaben- und Funktionskritik unter Einbeziehung der Mittelbehörden, dann Gebietsreform – und nicht umgekehrt. Diesen Fahrplan haben wir durchgesetzt und schaffen damit die Voraussetzung dafür, dass die gescheiterte Kommunalreform der Landesregierung vom Kopf auf die Füße gestellt wird.

4.

Grundlage für die Beauftragung eines Gutachtens ist ein umfangreicher Fragenkatalog, der sich u. a. mit Finanzfragen, Raumplanung und Raumordnung, modernen Verwaltungsstrukturen und Bürgernähe befasst. Auch hier hat die CDU-Landtagsfraktion mit ihren Vorschlägen überzeugt. Der Gutachtenauftrag muss jetzt mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt werden. Die Einbeziehung der kommunalen Ebene war für die CDU-Landtagsfraktion von Anfang an ein zentrales Anliegen.

5.

Auch bei der Benennung von Sachverständigen für die Erstellung des Gutachtens haben wir überzeugende Vorschläge gemacht. Seitens der CDU-Landtagsfraktion wurden als Kopf der Gutachtergruppe Herr Prof. Dr. Martin Junkernheinrich von der

Technischen Universität Kaiserslautern benannt. Er bildet zusammen mit Herrn Prof. Dr. Jan Ziekow von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer die Doppelspitze.“

16. April 2015

Ich zitiere den CDU Fraktionssprecher der VG Betzdorf Markus Stangier, er sagte am 15.7.2015 (Auszüge):

Gebhardshain und Betzdorf: das passt. Die CDU-Fraktion hat diesen Satz bereits vor einigen Wochen in einer Pressemitteilung verwandt und wir haben ihn damals ganz bewusst und aus Überzeugung formuliert. Genauso überzeugt wie damals sind wir auch heute von dieser Fusion. Wir Christdemokraten sehen die Chancen und Potenziale in dieser Zusammenarbeit.

Potenziale sehen wir in einer klareren und eindeutigeren Positionierung gegenüber dem Landkreis. Wir bringen mehr Gewicht auf die Waage als zuvor, die neue Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain kann mehr bewirken als jede Verbandsgemeinde für sich alleine.

Eine Chance liegt mittel- und langfristig in einer effizienteren kommunalen Aufgabenerfüllung von Seiten der Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain. Hiervon profitieren die Bürgerinnen und Bürger, weil Kostenstrukturen effizient und effektiv gestaltet werden können.

Eine weitere Chance liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region. Mit einer klugen Wirtschaftsförderung und kurzen Wegen für den heimischen Mittelstand kann es einer größeren kommunale Verwaltungseinheit, wie die der Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain, gelingen, im digitalen Zeitalter Wohlstand und vorhandene Arbeitsplätze in der Region zu sichern und neue zu schaffen.

Für die Menschen ist es wichtig, dass kommunale Verwaltung mit ihren Dienstleistungen weiterhin leistungsfähig und nah zum eigenen Wohnort präsent bleibt. Beides: Leistungsfähigkeit der Verwaltung und Wohnortnähe wird bei dieser Fusion großgeschrieben.

Wir sagen es aber auch klipp und klar: Größe alleine ist kein Wert. Wir müssen uns anstrengen, diese neue gemeinsame Größe zu nutzen, die Chancen zu ergreifen und diese in praktische Politik umzusetzen. Unsere Fraktion ist bereit, diesen Prozess aktiv mitzugestalten und zu entwickeln. So stimmen wir heute für den Fusionsvertrag zwischen Betzdorf und Gebhardshain.

Alle politische Kraft, aller Ideenreichtum und unsere gesamte Kreativität sollten wir darauf verwenden, dass diese Fusion ein Erfolgsmodell wird. In den letzten Tagen wurde von einzelnen versucht, die Kostenfrage der Fusion in den Mittelpunkt zu stellen. Hier wurde kurzfristig gedacht. Unsere Fraktion will diese Frage nicht bagatellisieren. Wir nehmen sie ernst, denken aber dabei mittel- und langfristig sowie nachhaltig.

Wie und wo läge die Alternative für unseren heutigen positiven Fusionsbeschluss? Wir blieben als VG Betzdorf alleine. Unsere Strukturen blieben zunächst unangetastet. Entweder würden wir aber eines nicht mehr allzu fernen Tages zwangsfusioniert oder unser politisches und strukturelles Gewicht würde nach und nach im Landkreis abnehmen, so wie unsere Bevölkerungszahl abnähme. Ganz zu schweigen von den

Problemen, die wir bei der Erhaltung von kommunalen Einrichtungen und Aufrechterhaltung unserer Standards hätten. Unsere Fraktion will aber gemeinsam mit den Menschen unsere Region zukunftssicher gestalten, auch deshalb sprechen wir uns klar für eine Fusion mit Gebhardshain aus.

Lassen Sie uns diese gemeinsam nutzen und für die Menschen sichtbar und erlebbar machen.

Vor uns liegt eine gemeinsame Zukunft. Jetzt ist neben der Entschlusskraft, Strukturen verändern zu wollen, auch der Mut für Morgen gefragt. Unsere Fraktion hat den Mut für Morgen und das Vertrauen in die Zukunft.

Wir haben den Mut für moderne und leistungsfähige kommunale Strukturen. Deshalb sagt unsere Fraktion ein deutliches „Ja“ zu verschiedenen Verwaltungsstandorten.

Wir vertrauen darauf, dass wir gemeinsam mit Gebhardshain stärker und besser zukünftige Aufgaben meistern können, als wir dies alleine gekonnt hätten.

Wir vertrauen auf die Arbeitskraft, die Kreativität und die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Verwaltungen. Dies haben wir auch schon zu Beginn des Prozesses zum Ausdruck gebracht. An dieser Stelle allen an der Erstellung des Positionspapieres und des Fusionsvertragsentwurf, an der Vorbereitung und Durchführung der vielen Besprechungen und Sitzungen beteiligten Mitarbeitern unserer Verwaltung Respekt und Dank. Sie haben in der äußerst knappen Zeit die komplexe Materie für uns alle verständlich aufgearbeitet und dargestellt. Man sieht also, Schnelligkeit schließt Gründlichkeit nicht aus.

Wichtig ist es nun, die Ortsgemeinden, die Bürgerinnen und Bürger beider Verbandsgemeinden in den weiteren Prozess einzubinden und bei den vielen noch zu treffenden Entscheidungen mitzunehmen.

Gebhardshain und Betzdorf das passt! Lassen Sie uns nun zusammen daran arbeiten, dass diese Aussage Realität in unserer gemeinsamen Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain wird.